**Attac Bergstraße kritisiert die Liberalisierung der kommunalen Trinkwasserversorgung**

Der Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments hat sich für eine Liberalisierung der kommunalen Trinkwasserversorgung ausgesprochen. Damit könnte diese in Zukunft auch von privaten Anbietern übernommen werden, d h. der Wasserpreis kann zukünftig möglicherweise vom Börsenkurs abhängen, Wasser könnte ein Exportschlager werden und die Qualität wird nicht mehr nach gängigen Richtlinien bestimmt.

Attac Bergstraße sieht Wasser als ein öffentliches Gut, das als solches auch in öffentliche Hand gehört. Mögliche Privatisierungsbestrebungen, die zu einem gewinnorientierten Geschäft mit dem Wasser führen, können nicht im Sinne der Bürger sein. Zwar wird keine Kommune zur Privatisierung gezwungen, aber unter bestimmten Umständen – z.B. wenn sie kein eigenes Wasserwerk haben und keinem Zweckverband angehören - müssen sich Kommunen künftig juristische Finessen einfallen lassen, um eine Privatisierung über die vorgeschriebene EU-weite öffentliche Ausschreibung abzuwehren.

Im Unterschied zu den bereits liberalisierten Strom-, Gas- und Telekommunikationsmärkten findet die Versorgung mit Trinkwasser bisher in geschützten Gebietsmonopolen statt und wird im Wesentlichen durch die Kommunen kontrolliert. Diese Konstruktion ist ein Garant für das heute - auch im internationalen Vergleich - hohe Niveau der Trinkwasserqualität und des Ressourcenschutzes in Deutschland. Das Erreichte wird gefährdet, wenn der regionale Einfluss verringert, die Bindung der Verbraucher an "ihr" Wasserwerk geschwächt und durch eine Marktöffnung der Kostendruck auf die Unternehmen weiter erhöht wird. Möglicherweise werden dann viele der derzeit rechtlich nicht eindeutig fixierten Leistungen nicht mehr erbracht. So könnte das Trinkwasser wieder vermehrt mit Chlor desinfiziert werden, um Mängel der Rohrnetzpflege zu überdecken. Das ist jetzt schon in vielen Ländern der Welt üblich.

Als Globalisierungskritiker sieht Attac Bergstraße natürlich die Auswirkungen dieser EU-Maßnahme auf internationaler Ebene. In weiten Teilen des Planeten wird das Trinkwasser knapp. Jeder dritte Mensch ist gezwungen, verschmutztes Wasser zu trinken. Täglich sterben 9000 Kinder unter zehn Jahren an den Folgen dieser Verschmutzung. Laut WHO verfügt ein Drittel der Weltbevölkerung über kein gesundes Wasser, das für sie bezahlbar wäre. Im Hinblick auf die Wasserreserven des Planeten stellt die Jahresproduktion von vielen Milliarden Litern Bioethanol (Treibstoff) eine echte Katastrophe dar, denn für einen Liter sind nämlich 4000 l Wasser erforderlich.

Bereits 2005 beschrieb Peter Brabeck-Letmathe, Präsident des Nestlé-Konzerns, seine ehrgeizigen Ziele, das letzte freie Gut vermarkten zu wollen. Schon damals war der größte Lebensmittelkonzern der Welt der größte Abfüller von Trinkwasser.

Die EU-Kommission gerät durch ihre Entscheidung in den Verdacht, sich – willentlich oder nicht – zum Vollstrecker kommerzieller Interessen zu machen. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser, der seit einer UNO-Resolution von 2010 ein verbrieftes Menschenrecht ist, kann zum Spekulationsobjekt von Unternehmen und Konzernen werden.

Die Bürgerinitiative „right2water“ - „Wasser ist ein Menschenrecht“ nutzt die neu geschaffene Möglichkeit, eines Europäischen Bürgerbegehrens, mit dem die EU-Kommission gezwungen werden kann, sich erneut mit dem Thema zu beschäftigen. Dazu muss eine Schwelle von EU-weit 1 Million Unterschriften aus 7 EU-Ländern mit einer Mindestzahl an Unterschriften erreicht werden. Attac ruft dazu auf, sich diesem Bürgerbegehren anzuschließen, das schon eine große Zustimmung gefunden hat. Über die Internetadresse [www.right2water.eu/de](http://www.right2water.eu/de) kann man seine Unterschrift zu diesem Bürgerbegehren abgeben.